

Για

Μαρία Μαύρου

(Συνέντευξη του φθγγού του
πρωθυπουργού, Σπύρου Σπυρίου)

Spiros Simitis warnt vor Heilungsversprechungen

„Fatale Diskussion“

Der Vorsitzende des Nationalen Ethikrates zum Klonverbot

Von Heidrun Graupner

Entscheidungen wurden nicht gefällt, weder zum Thema Klonen noch zum Komplex Biobanken. Der Nationale Ethikrat und die französische Nationale Beratungskommission in Ethikfragen trafen sich am gestrigen Montag in Berlin, um die im vergangenen Jahr begonnene Diskussion fortzusetzen. „Aber es wäre erstrebenswert“, sagte der Vorsitzende des deutschen Ethikrats, der Jurist und Datenschützer Spiros Simitis, in einem Gespräch mit der SZ, „wenn wir zu einer gemeinsamen Entschließung kämen.“ Und noch etwas gibt nach Ansicht von Simitis solchen Treffen – sei es mit der französischen oder der amerikanischen Kommission – eine besondere Bedeutung: Den Stand der internationalen Diskussion kennen zu lernen und die Argumente, die andere Länder diskutieren, in die deutsche Debatte einzubringen.

Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag mit großer Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine internationale Ächtung des Klonens einzusetzen, und zwar sowohl des reproduktiven als auch des therapeutischen Klonens. Ähnlich entschieden, berichtete Simitis, habe sich auch der französische Senat geäußert: ein Verbot des reproduktiven und, wie es in Frankreich genannt werde, des Forschungsklonens. Beim reproduktiven Klonen würden in Frankreich sehr viel höhere und schärfere Strafen als beim therapeutischen Klonen gefordert. Auch die französische Regierung bestehe auf dem Verbot, ihre Vorlage gehe jetzt an die Nationalversammlung.

Marktschreierische Sekte

Insgesamt, sagte Simitis, gingen die Überlegungen in Frankreich sehr viel weiter als in Deutschland. Vorgesehen ist etwa, dass die Beteiligung französischer Forscher an entsprechenden Versuchen im Ausland unter Strafe gestellt wird. Ein Abgeordneter habe außerdem vorgeschlagen, Berichte über das Klonen unter Strafe zu stellen, auch Berichte in der Presse sowie jeden Versuch, das Klonen zu propagieren. Auf diese Weise könnten Sekten wie die Realianer, die Geburten von geklonten Babys verkündet haben – wenn auch ohne jeglichen Beweis –, sofort verboten werden.

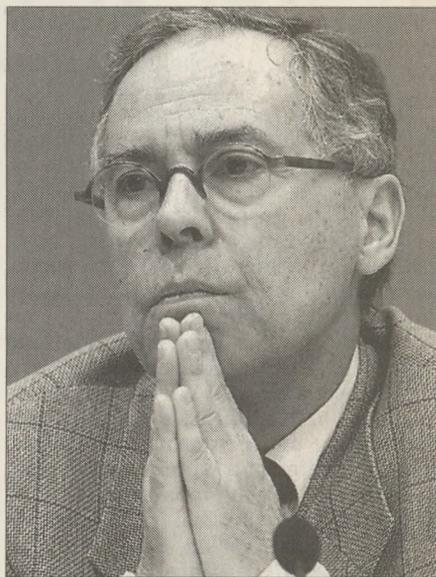
„Ich glaube nicht, dass die Nationalversammlung eine solche Einschränkung der Pressefreiheit akzeptieren wird“, sagte Simitis. „Wir jedenfalls wollen eine Diskussion, in der alle Entwicklungen öffentlich erörtert werden.“ Die Reaktion auf die marktschreierische Ankündigung der Realianer aber hat Simitis erschreckt. In einigen Berichten und Interviews sei der Eindruck erweckt worden, dass das Klonen von Menschen möglich sei, die Verantwortungslosigkeit und der Verstoß gegen jedes wissenschaftliche Prinzip sei nicht diskutiert worden.

Der Nationale Ethikrat hat sich bisher nicht zum Thema Klonen geäußert. Auch eine Stellungnahme zur Forschung an Embryonen steht noch aus. Die Bundestagsentscheidung zum Klonverbot aber tangiere die Pläne des Ethikrats nicht, betonte Simitis. „Wir haben eine klare Aussage des Bundestages, und wir wollen unsere öffentliche Diskussion fortsetzen.“ Der Ethikrat werde eine Arbeitsgruppe einsetzen und zunächst über den Stand der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse reden. Nicht nur er sei der Meinung, dass es nicht genüge, „abstrakt nein zum Klonen zu sagen“. Es komme auch darauf an, klar zu machen, „dass wissenschaftlich jede dieser Bestrebung unverantwortlich und mit schwerwiegenden Konsequenzen verbunden ist“. Heilungsversprechen, wie sie verschiedene Wissenschaftler und Politiker äußern – in der FDP sind sie sogar Parteimeinung –

hält Simitis für gefährlich: „Diejenigen, die sich positiv äußern, tun dies immer in einer Weise, dass gleichzeitig Hoffnungen geweckt werden. Das ist das Fatale an einer solchen Diskussion, weil die wissenschaftliche Verantwortung als erstes gebietet, keine Hoffnungen zu wecken. In dem Augenblick, in dem Forscher Heilung versprechen, übernehmen sie auch die Verantwortung dafür.“

Die Einsetzung der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ begrüßte Simitis. „Wir haben es mit sehr komplexen Themen zu tun, mit Fragen, die jeden von uns angehen. Wir brauchen deswegen eine breite öffentliche Diskussion. Die Existenz von zwei Gremien ist dafür förderlich, auch deshalb, weil die Gremien sehr unterschiedliche Argumente einbringen.“ Bundestagsdebatten und Entscheidungen des Parlaments würden so auf eine noch breitere Grundlage gestellt.

Gärgert hat es den Ratsvorsitzenden allerdings, dass in der Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag immer wieder davon die Rede war, der Nationa-



Das Klonen von Menschen ist für Spiros Simitis wissenschaftlich „unverantwortlich“. Foto: Reuters

le Ethikrat stehe zu sehr der Bundesregierung nahe und deshalb sei die Enquete-Kommission besonders notwendig. Simitis hält dagegen: „Der Nationale Ethikrat war und ist nicht der verlängerte Arm der Regierung.“ Er habe von Anfang an klar zum Ausdruck gebracht, dass er eine unabhängige Organisation sei und er habe niemals den Anspruch erhoben, ein alleiniges Entscheidungsgremium zu sein. Es gehe auch nicht darum, die Enquete-Kommission zu ersetzen. Der Nationale Ethikrat wolle nichts anderes, als unterschiedliche Ansätze zu diskutieren und beratend tätig zu werden. „Das Parlament hat die Entscheidung, und es trägt die Verantwortung für die Entscheidung. Wer sagt, der Nationale Ethikrat könne sich auflösen, der verkennt die Tragweite der Diskussion, die wir gegenwärtig haben, und die Notwendigkeit, sie möglichst breit anzulegen und die Öffentlichkeit daran zu beteiligen.“

Zwei Mitglieder aber hat der Nationale Ethikrat in den vergangenen Monaten verloren. Lothar Späth (CDU) trat am 12. Dezember aus, Ernst-Ludwig Winnacker, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, am 13. Februar. Als Grund gaben Späth und Winnacker an, die Mitgliedschaft im Rat nicht mehr mit den eigenen Aufgaben vereinbaren zu können, sie seien zu sehr in Anspruch genommen. Auch Simitis wiederholt diese Erklärung, einen anderen Grund, sagt er, gebe es nicht. Für die Nachfolge werde der Bundeskanzler Vorschläge machen. „Aber wir werden vorher gefragt.“